

FDP Landesverband Niedersachsen, Walter-Gieseking-Straße 22, 30159 Hannover

Lesben- und Schwulenverband in Deutschland
Landesverband Niedersachsen-Bremen
z.Hd. Herrn Benjamin Rottmann
Postfach 42 01 05
30661 Hannover

Hannover, 15. August 2022
Zeichen: HG

Helge Gülzau
Referent für Kampagne & Kommunikation

Tel.: (0511) 2 80 71 0
Mobil: 0151 4167 8105
Fax: (0511) 2 80 71 25
E-Mail: nds@fdp.de
Internet: www.fdp-nds.de

Wahlprüfsteine 2022 Lesben- und Schwulenverband in Deutschland – Landesverband Niedersachsen-Bremen

Sehr geehrter Herr Rottmann,

haben Sie vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine, die wir gerne beantworten. Wir als Freie Demokraten setzen uns für die Vision einer freiheitlichen und auf Vielfalt ausgerichteten Gesellschaft ein. Einer Gesellschaft, in der Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und Intersexuelle frei ihr Leben leben können. Ohne Diskriminierung, mit gleichen Rechten und mit Wertschätzung.

Zu den Themenkomplexen

1. Niedersachsen tritt für die Akzeptanz von LSBTIQ* ein

- Die Freien Demokraten unterstützen ihre Forderung einen Aktionsplan zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt mit verbindlichen Maßnahmen aufzustellen. Die Einbeziehung der LSBTIQ*-Community ist dabei für uns eine Selbstverständlichkeit.
- Ja. Wir sind der Auffassung, dass die bestehenden Angebote ausgebaut und langfristig angemessen finanziert werden müssen. Hierzu sind aus unserer Sicht auch regelmäßige Mittelanpassungen notwendig.
- Wir setzen uns auf Bundes- und Landesebene für die Aufnahme der sexuellen Ausrichtung und des Alters in Artikel 3 GG und in die Niedersächsische Landesverfassung ein. Damit würde eine lange überfällige Angleichung an den Antidiskriminierungskatalog der Europäischen Grundrechtscharta erfolgen. Bereits in der aktuell noch laufenden Legislaturperiode, Konkret 2019, haben wir einen Vorschlag zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung mit folgendem Inhalt gemacht "Artikel 3 Abs. 3 der Niedersächsischen Verfassung vom 19. Mai 1993 (Nds. GVBl. S. 107), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 30. Juni 2011 (Nds. GVBl. S. 210), erhält folgende Fassung: „(3) Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner sexuellen Identität, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Her-

kunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“(Drucksache 18/4825)".

- Die geschlechtliche Identität gehöre zur individuellen Persönlichkeit. Die Freien Demokraten in Niedersachsen stehen deshalb hinter Ihrer Forderung. Wir begrüßen daher auch ausdrücklich, dass Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) die Wichtigkeit des Vorhabens betont, das aktuell gültige Transsexuellengesetz abzuschaffen und durch ein Selbstbestimmungsgesetz zu ersetzen.

2. Niedersachsen stellt sich gegen Hasskriminalität und für Diskriminierungsschutz

- Trotz des jahrelangen Einsatzes für gleichberechtigtes und respektvolles Miteinander ist die Lage für LSBTIQ*-Menschen nach wie vor nicht zufriedenstellend. Diskriminierung und Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung oder der geschlechtlichen Identität prägen nach wie vor die Lebensrealität von LSBTIQ*-Menschen. Sicherheitsbehörden, polizeiliche Ermittlungsdienste und Justiz wollen wir deswegen im Rahmen von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für die Erkennung und Verfolgung homo- und transfeindlich motivierter Hasskriminalität besonders sensibilisieren. Wir wollen dafür sorgen, dass Straftaten aufgrund der sexuellen oder geschlechtlichen Orientierung entsprechend benannt sowie zeitnah verfolgt und angeklagt werden. Wir unterstützen das Vorhaben der Bundesregierung, geschlechtsspezifische und homosexuellenfeindliche Beweggründe in den Katalog der Strafzumessung des § 46 Abs. 2 StGB explizit aufzunehmen. Hasskriminalität aufgrund des Geschlechts und gegen queere Menschen soll separat erfasst werden. LSBTIQ*-Feindlichkeit und -Stigmatisierung wollen wir außerdem beispielsweise durch Beiträge zur Aufdeckung und Widerlegung von Verschwörungstheorien konsequent entgegentreten.
- Ja (siehe hierzu auch die Antwort auf 2.1)
- Es ist eine humanitäre Verpflichtung, geflüchteten LSBTIQ* Schutz zu bieten, insbesondere denjenigen, die in ihren Heimatstaaten aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität verfolgt wurden. Sie benötigen spezielle Beratung, Unterstützung und Schutz. Um Diskriminierung, Ausgrenzung oder sogar gewalttätige Übergriffe in Unterkünften vorzubeugen, ist es zunächst erforderlich, geeignetes

Personal vorzuhalten. Dieses sollte sowohl mit Hilfe von Leitfäden darauf geschult werden, sensibel mit den jeweiligen Flüchtlingen umzugehen und in Bezug auf LSBTIQ*-Flüchtlinge eng mit der Fachszene zusammen zu arbeiten.

Nach Möglichkeit sollte es zudem zu einer getrennten Unterbringung von LSBTI*Flüchtlingen kommen, damit Übergriffe zwischen den sehr heterogenen Flüchtlingsgruppen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturkreisen vermieden werden. Darüber hinaus müssen die LSBTIQ*-Flüchtlinge alle bestehenden Hilfsangebote aufgeklärt werden.

3. Respekt und Vielfalt in Schule und Bildungsarbeit

- Wir als Freie Demokraten wollen, dass junge Menschen zur selbstbestimmten Wahrnehmung der eigenen und zur Achtung fremder sexueller Autonomie zu befähigt werden. Daher sollen bereits an den niedersächsischen Schulen verstärkt Fragen der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität, der sexuellen Selbstbestimmung, zum Konsens bei sexuellen Handlungen und zur Prävention von Missbrauch thematisiert werden.
- Wir setzen uns in diesem Bereich für digitale Lösungen ein, über die allen Lehrenden und Lernenden die notwendigen Inhalte zur Verfügung werden.
- Die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte machen nicht vor dem Schultor halt, so dass wir die Notwendigkeit der Weiterentwicklung von Schule sehen. Wir wollen die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte ausbauen und praxisorientierter gestalten. Die Lehrerbildung muss besser auf die Lebensrealität in Schule und der Schülerinnen und Schüler ausgerichtet sein, einen hohen Praxisanteil umfassen und immer wieder überprüft und angepasst werden.
- Wir stehen zu einer angemessenen landesseitigen Förderung queerer Bildungsprojekte und-einrichtungen.

4. Regenbogenfamilien stärken – Familienvielfalt wertschätzen

- Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Orientierung sowie daraus resultierenden Benachteiligungen treten wir entschieden entgegen. Wir wollen uns auch in den kommenden Jahren für die vollständige gesellschaftliche und rechtliche

Gleichstellung von LSBTIQ* und Regenbogenfamilien sowie für Respekt und Vielfalt einsetzen. Wir wollen die Bundesregierung auch im Bundesrat dabei unterstützen die Vorhaben für Regenbogenfamilien umzusetzen. Wir setzen uns für Elternschaftsvereinbarungen für Regenbogenfamilien ein, die bereits vor der Empfängnis die rechtliche Elternschaft und praktische Fragen wie das Umgangsrecht regeln, ein. Hierbei sollen die Rechte lesbischer Mütter und schwuler Väter gleichermaßen gewahrt werden. Wir wollen einen besseren Rahmen für Patchwork- und Regenbogenfamilien mit mehreren Elternteilen. Wir setzen uns dafür ein, dass die künstliche Befruchtung für lesbische Frauen geöffnet wird. Wir treten dafür ein, dass Regenbogenfamilien und in der EU geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen/Lebenspartnerschaften in allen Mitgliedsstaaten mit allen Rechtsfolgen anerkannt werden. Rechtsakte der EU, die gegen Diskriminierung aufgrund von Rassismus gelten, müssen künftig auch Homophobie und andere Diskriminierung umfassen. Die Absicht der neuen Bundesregierung, das Transsexuellengesetz durch ein Selbststimmungsgesetz zu ersetzen, unterstützen wir ausdrücklich

- Neben den bereits genannten Maßnahmen setzen wir hier auf eine verstärkte Aufklärungsarbeit und begrüßen darüber hinaus, dass die neue Bundesregierung die Länder unter anderem über einen ressortübergreifenden Nationalen Aktionsplan für Akzeptanz und Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt bei der Aufklärung an Schulen und in der Jugendarbeit unterstützen will.
 - Ja.
5. Niedersachsen stärkt junge und ältere LSBTIQ*
- LSBTIQ*-Feindlichkeit und -Stigmatisierung stellen wir uns entschieden entgegen und streben eine vollständige Gleichstellung von LSBTIQ*-Menschen an. Maßnahmen und Projekte, die aktiv gegen Diskriminierung von LSBTIQ*-Personen vorgehen, wollen wir fördern, auch in ländlichen Räumen. Dies betrifft etwa psychosoziale Beratungsarbeit, Aufklärungs- und Toleranzprojekte in Schulen sowie Projekte für Erwachsene oder Seniorinnen und Senioren.
 - Wir wollen Aufklärungs- und Toleranzprojekte, die aktiv gegen die Diskriminierung von LSBTIQ* vorgehen, in der Breite weiter ausbauen. Einer unserer Schwerpunkte ist dabei neben den Bereichen Schule und

Jugend die Seniorenarbeit. Dazu zählen unter anderem eine LSBTIQ*-sensible Altenpflege. In diesem Zusammenhang wollen wir die Einrichtung einer landesweiten Projektfachstelle zur Sensibilisierung, Beratung und Schulung von Institutionen der Altenpflege prüfen.

- Aus unserer Sicht sollte hier geprüft werden, ob und wie eine Förderung der Projekte erfolgen kann.

6. Regenbogenkompetenz im Sport erhöhen

- Sport bringt Menschen zusammen und lehrt das Fair Play, also Fairness, Akzeptanz von Regeln und die Achtung des sportlichen Gegners. Durch die Förderung von gegenseitigem Vertrauen und Teamgeist ist der Sport daher Türöffner zur gesellschaftlichen Integration. Uns ist der Schutz vor physischer und psychischer Gewalt im Sport ein wichtiges Anliegen. Wir wollen konkrete Maßnahmen zur Prävention sexualisierter Gewalt und zum entschlossenen Entgegenreten bei Mobbing, Diskriminierung und Rassismus auch zukünftig sicherstellen und flächendeckend eine achtsame Vereinskultur fördern. Hierzu zählen wir auch explizit Maßnahmen zur Prävention von LSBTIQ* Feindlicher Diskriminierung.
- Ja.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die zukünftige Landesregierung Ihre Hausaufgaben - soweit noch nicht geschehen - macht und die einzelnen Punkte umsetzt. Die Umsetzung selber werden wir positiv - beispielsweise durch Haushaltsanträge - begleiten und im Rahmen der parlamentarischen Möglichkeiten kontrollieren.

7. Geschlechter-und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen

- Wir setzen uns für eine LSBTIQ*-sensible Pflege in Anlehnung an die kultursensible Pflege ein und wollen Projekte und Maßnahmen in diesem Bereich fördern.
- Wir setzen uns für eine ganzheitliche Gesundheitsversorgung ein, die sich am Individuum also dem Patienten orientiert. Hierbei darf es keine Rolle spielen, welche sexuelle Orientierung oder Identität die Patientinnen und Patienten haben.
- Für einen guten Zugang benötigt es zunächst einmal ein gutes Angebot. Ist dieses vorhanden, verringern sich automatisch auch Zugangsbarriere-

ren. Deutschland leidet seit Jahren unter Ärztemangel – insbesondere im ländlichen Raum. Daher ist unserer Auffassung nach die Anzahl der Studienplätze für Humanmedizin an den Standorten Göttingen, Hannover und Oldenburg weiter bedarfsgerecht steigern. Als Freie Demokraten setzen wir uns auch für eine Verbesserung der Situation der Psychotherapeuten in Ausbildung (PiA) ein. Wir wollen die Ausbildung der psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten weiterentwickeln. Dabei wollen wir mehr Studienplätze für Psychologie und Psychotherapie schaffen. Diskriminierung in diesem Bereich wollen wir präventiv mit Aufklärungsarbeit begegnen.

- Ja, Schon in der Vergangenheit hat die Fraktion der Freien Demokraten im Landtag regelmäßig für Erhöhungen der Haushaltsansätze in diesem Bereich gekämpft.

Mit freundlichem Gruß

i.A. Helge Gülzau
Referent für Kampagne & Kommunikation